Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1773.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 3. Donnerstag 3. Januar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Reichskanzler hat sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Generalleutnant von Liebert programmatisch über die Reichstagswahlbewegung ausgesprochen. (S. d. bes. Art.)

* Das Mitglied des preußischen Herrenhauses von Czapski ist gestorben.

* In Berlin ist ein Streik der Automobildroschkenkutscher ausgebrochen.

* Kaiser Franz Josef ist gestern nach Pest abgereist.

* In Kopenhagen ist ein Verkehrs-Ausstand ausgebrochen. (S. Ausl.)

* Der Eisenbahn-Bau bei Szetschuan in China stößt wegen des Widerstandes der Bevölkerung auf Schwierigkeiten. (S. Ausl.)

* In der gestrigen Sitzung der Leipziger Stadtverordneten wurden die bisherigen Vorsteher des Kollegiums, Justizrat Dr. Junck, Baurat Enke und Direktor Dr. Rothe wiedergewählt.

* Der Geldbriefträger Rübner in Leipzig ist gestern als völlig geheilt und arbeitsfähig aus dem Krankenhause entlassen worden. (S. Lpzg. Ang.)

Die Wahlparole der Regierung.

An der Grenze des alten und des neuen Jahres, unmittelbar vor den letzten drei Wochen des Wahlkampfes, in denen dieser der verflossenen Feiertage wegen zeit der Reichstagsauflösung überhaupt erst kraftvoll einzusetzen vermag, hat die Regierung eine Wahlparole ausgegeben. Denn anders kann und soll die Kundgebung kaum angesehen werden, zu der der Reichskanzler Fürst Bülow ein Schreiben an den Generalleutnant von Liebert dadurch stempeln will, daß er ausdrücklich die Verbreitung dieses Schreibens wünscht, in dem er sich über die Gründe für die Auflösung des Reichstages und über die Stellung der Regierung zu den Parteien des Reichstages ausspricht.

Dieses an den Generalleutnant von Liebert, den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, gerichtete Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Berlin, Silvester 1906.

In dem Schreiben des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vom 18. Dezember d. J. ist mir nahegelegt worden, vor der Reichstagswahl noch eine aufklärende Kundgebung zu erlassen. Ich komme dieser Anregung gerne nach und bitte, für die öffentliche Verbreitung dieser Antwort Sorge zu tragen.

Die parlamentarische Lage, die ich bei meinem Amtsantritt vorfand, war nicht wesentlich verschieden von der im letzten Reichstag. Die bürgerliche Linke in drei, vier Gruppen gespalten; die Rechte einiger zwar, aber an Zahl ebenso schwach, wie die Liberalen zusammen; in der Mitte die stärkste Partei, das Zentrum, schon damals nahezu imstande, entweder nebst den Polen, Welfen usw., mit den Sozialdemokraten oder mit den Konservativen und dem rechten Flügel der Liberalen eine Mehrheit zu bilden. Eine andere Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Geschäfte zu erledigen, gab es namentlich seit den Wahlen von 1903 nicht.

Der Reichskanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei angewiesen. Er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen Vorlagen zu erlangen. Daß er dem Zentrum zuliebe staatliche Hoheitsrechte preisgegeben oder sich in religiösen und kulturellen Fragen schwach gezeigt habe, bestreite ich. Jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verstärkung der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind. Ich habe dessen

Zustand der Abhängigkeit

der parlamentarischen Ergebnisse von dem guten Willen einer Partei in dem vielgestaltigen deutschen Parteigetriebe immer als nicht unbedenklich empfunden. Ihn zu ändern, hatte ich so lange keinen Grund, als das Zentrum sich bereit zeigte, mit den verbündeten Regierungen positive Arbeit zu leisten, und der Versuchung, seine parlamentarische Stärke zu mißbrauchen, nicht nachgab.

Aber bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres wurden drei dringend nötige Forderungen, die Eisenbahn Kiautschou, die Entschädigung der Farmer und die Errichtung eines Kolonialamtes, durch eine vom Zentrum und der Sozialdemokratie geführte Oppositionsmehrheit verworfen. Dabei konnte ich, von schwerer Krankheit noch nicht erholt, nicht eingreifen, aber es reifte in mir der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher

Machtproben

bei ernsten und wichtigen Angelegenheiten des Reiches mit aller Kraft entgegenzutreten. Neben der dann notwendigen Wahrung der Autorität der Regierung und ihrer Stellung über den Parteien schien mir auch ein gewisser Wandel in den doktrinären Anschauungen der Vertreter des liberalen Bürgertums und der steigende Widerwille gegen das sozialistische Treiben die Hoffnung zu rechtfertigen, daß eine Aenderung der parlamentarischen Lage durch das deutsche Volk selbst möglich sei.

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu machen. Es ist jetzt nicht der Augenblick, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die versäumt worden sind, nachzurechnen. Jedenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer Doktrinarismus, Uebertreibung der Prinzipien und Unterschätzung des praktisch Erreichbaren nicht zu dem vom Liberalismus erstrebten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte kommen lassen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich denke an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortschreitende Ueberwindung der Manchester-Doktrin, vor allem an das wachsende Verständnis für große nationale Fragen. Manches wird noch zu verlangen sein: Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große geeinigte liberale Partei hervorgehen und etwa den Platz des Zentrums einnehmen könnte. Wohl aber könnten die Parteien der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freisinnigen Gruppen bei zielbewußtem Vorgehen im Wahlkampfe so viel Boden gewinnen, um eine

Mehrheit von Fall zu Fall

zu bilden.

Den starken Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden hat, halte ich für kein unüberwindliches Hindernis. Der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus gesichert, und mancher freisinnige Mann hat schon unter vier Augen zugegeben, daß sie auch für die städtischen Interessen nicht ungünstig gewirkt haben. Jedenfalls müssen die Gegner der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortdauernden Aufschwunges erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Brücke über das trennende Wasser.

Die konservativen Parteien und die Nationalliberalen sind in allen großen Fragen, wo es sich um Wohl und Wehe der Nation, ihre Einheit, ihre Machtstellung handelte, zuverlässig gewesen. Die Nation ging ihnen über die Partei. Das ist ihr Ruhm; den werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken die Bereitschaft zur Befriedigung der großen nationalen Bedürfnisse für den Kolonialbesitz, für Heer und Flotte zunimmt, um so breiter und fester kann die Brücke werden, und wohl würden sich auch die national gesinnten Elemente, die im Zentrum vorhanden sind, mit allen anderen bürgerlichen Parteien in solchen Fragen leichter zusammenfinden, wenn mit dem Wegfalle der Möglichkeit einer schwarz-roten Majorität der

Fraktionsegoismus des Zentrums

der Handhabe beraubt wäre, sich rückhaltlos gegen die Regierung geltend zu machen.

Die bedenklichste Folge davon, daß sich das Zentrum der sozialistischen Stimmen zur Bildung eines oppositionellen Blockes bedienen konnte, war die Bedeutung, die dadurch die Sozialdemokratie selbst im verflossenen Reichstage erlangte. Da bietet sich ein weiteres hochwichtiges Feld gemeinsamer Sorge und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reiche von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Ueberzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie. Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsträume kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang. — — alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland an reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland.

Auf den wild gewordenen Spießbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.

Als man das Zentrum sogar bei einer Angelegenheit, die die

deutsche Waffenehre

und unser Ansehen vor der Welt berührt, und unmittelbar nach der freimütigen Aussprache über unerträgliche Einmischungen in den inneren Kolonialdienst eigenwillig den verbündeten Regierungen eine unannehmbare Klausel aufzunötigen suchte, und als es dann mit Hilfe der Sozialdemokratie einen sachgemäßen freisinnigen Antrag niederstimmte, mußte von dem verfassungsmäßigen Mittel zur Wahrung der Autorität der Regierung Gebrauch gemacht und der Reichstag aufgelöst werden. Die Abstimmung vom 13. Dezember war ein Schlag gegen die verbündeten Regierungen und die

nationale Würde.

Ich arbeite mit jeder Partei, welche die großen nationalen Gesichtspunkte achtet. Wo die Gesichtspunkte mißachtet werden, hört die Freundschaft auf. Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will aber erst recht kein Parteiregiment.

Es ist deutsche Eigenart, deutsches Schicksal, daß wir unsere politische Stellung bis zur Stunde der Gefahr lieber nach Gefühlen und allgemeinen Begriffen, als nach realen Interessen und nationalen Zielen nehmen, obgleich es für Kaiser und Bundesfürsten nicht Katholiken und Protestanten, sondern nur schlechtweg Deutsche gibt, die den gleichmäßigen Schutz der Gesetze genießen. Besteht doch die stärkste Partei im Reichstage ausschließlich aus Katholiken. „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!" steht im Programm des Zentrums. Ist es aber wahr, wenn es in dem Aufrufe der rheinischen Zentrumspartei heißt, im Hintergrunde lauere ein neuer Kulturkampf? Im paritätischen Deutschland geht es der katholischen Kirche wohler, als in manchen katholischen Ländern, und kein Vertreter der verbündeten Regierungen denkt daran, die Parität aufzuheben, die Gewissensfreiheit zu verletzen und die katholische Religion zu bedrängen. In jener Behauptung dient die Religion nur als Mittel zum Schutze politischer Fraktionsinteressen. Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will.

Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich frei machen. Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt, als der konservative. Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu behalten haben, was sie damals einigte:

Der Kampf für Ehre und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum.

Ich stelle die Sozialdemokraten voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokraten eine Warnung für ihren blinden Uebermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwickelung und eine Befestigung unserer Stellung nach außen wäre, und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien einnimmt.

Der Reichskanzler
Fürst Bülow.

An den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zu Händen des Herrn Generalleutnant v. Liebert, Exzellenz, Berlin."

Gegen Zentrum und Sozialdemokratie! Darin gipfelt das Schreiben des Kanzlers.

Das ist die Wahlparole der Regierung.

Uns wird damit nichts Neues gesagt. So und nicht anders haben wir von vornherein den Wahlkampf aufgefaßt. Und wir würden uns in ihm auch nicht haben irre machen lassen, wenn die Regierung eine andere oder überhaupt keine Wahlparole ausgegeben hätte. Aber nun sie es getan hat, hat sie sich und dem Vaterland einen Dienst geleistet. Die Neigung der Regierung, mit dem Zentrum zu gehen, schien so festbegründet und unauflöslich mit den verantwortlichen Leitern der Regierung verknüpft, daß man auch nach dem Auftreten Dernburgs und nach dem Ereignis des 13. Dezembers in weiten Kreisen der Bevölkerung die Befürchtung nicht überwand, als wünsche die Regierung auch dieses Mal wieder den Kampf vor allem gegen die Sozialdemokratie, und verkenne darüber die Gefahr, die ihr von dem reaktionären Ultramontanismus droht. Das aber konnte zu leicht die Einmütigkeit des Kampfes gegen das Zentrum abschwächen, das konnte ihm gerade wieder von neuem eine ausschlaggebende Stellung im künftigen Reichstage verschaffen. Diese Gefahr ist durch die Erklärung des Reichskanzlers beseitigt. Auf sein freimütiges Bekenntnis, bisher mit dem Zentrum regiert zu haben, ist die ebenso freimütige Erklärung gefolgt, daß eine neue Zeit beginnen soll, in der er eine Mehrheit erhoffe, gebildet von Fall zu Fall von den konservativen und den liberalen Fraktionen.

Daß die Regierung dabei nicht an eine einfache Erneuerung des alten Kartellreichstages denkt, daß sie ausdrücklich die freisinnigen Gruppen mit einschließt für eine solche Mehrheitsbildung, darin zeigt sich ein erfreuliches Wachstum des Verständnisses für die staatserhaltende Bedeutung des bürgerlichen Liberalismus. Und das verbürgt, daß die Regierung bei aller Wertschätzung der „historischen Kontinuität" und bei aller traditionellen Neigung zum Konservatismus dem politischen Fortschritt im liberalen Sinne Zugeständnisse zu machen bereit ist. Jeder liberale Mann wird darum die Botschaft des Kanzlers mit Genugtuung aufnehmen dürfen und bereitwillig all seine Kräfte daran setzen, um nun im Wahlkampf die schwarz-rote Majorität niederzuzwingen, die ein Hemmnis geworden ist für den gesunden politischen, nationalen Fortschritt.

Es erübrigt sich heute, mit dem Kanzler über die Einzelheiten seiner Erklärung zu rechten. Kritisch ließe sich manches sagen. So über die Beurteilung des Zentrums, dessen Staatsgefährlichkeit ihm erst bei der Ablehnung der nationalen Forderungen auf militärischem Gebiet unerträglich geworden ist, während doch die ganze geistige Struktur der Zentrumspartei Staatsfeindschaft in sich birgt. So auch über die Beurteilung des Liberalismus, die allzu sehr nach einseitiger konservativer Anschauung schmeckt, vermischt mit jenem realpolitischen Standpunkt, der die Wichtigkeit politischer und wirtschaftlicher Grundsätze verkennt. Aber wir wollen daran nicht haften bleiben.

Der Kanzler hat als Anwalt der Regierung mit seiner Darlegung, was diese zum Zentrum drängte, für mildernde Umstände in der Beurteilung der bisherigen Reichspolitik plädiert. Und er hat sich ein Recht auf solche Beurteilung erworben durch die rückhaltlose Parole gegen die schwarz-rote Mehrheit, für eine neue Regierungsmajorität im Reichstag. Das fassen wir heute allein ins Auge. Mit dieser Parole hat er uns für sich und für die Regierung gewonnen. Mit diesem Losungswort ziehen wir in den Kampf. Und wie wir der Regierung vertrauen, daß sie mit diesem Wahlspruch ernst machen und die Konsequenzen aus ihm ziehen wird, wenn es gelungen sein wird, den Sieg zu erringen, so wollen wir uns auch um die Regierung scharen zu ernstem heiligen Kampf. Gegen die schwarz-rote Mehrheit für ein neues deutsches Parlament, für einen Reichstag, in dem das deutsche Bürgertum seine nationalen Aufgaben erfüllt, für geistige, wirtschaftliche und kulturelle Fortschritte unseres Volkes sorgt! Das sei der frohe Kampfesruf, unter dem am 25. Januar die Schlacht geschlagen wird.

Raisulis Glück und Ende.

Raisuli ist gefangen! An der Jahreswende, die für das Schicksal des scherifischen Reiches so bedeutungsvoll zu werden verspricht, verschwindet der Mann in einer Versenkung, dessen Name im abgelaufenen Jahre mehr zu bedeuten schien als der seines Landesherrn. Sultan Abdul Asis thronte in den binnenländischen Hauptstädten Fez und Marokko, deren europäische Einwohner noch sehr dünn gesät sind. Der große Räuber beherrschte die Stadt Tanger und ihre Umgebung, die Einfalls-Pforte Europas in das afrikanische Kaiserreich.

Raisulis Name wurde zuerst bekannt, als er den Amerikaner Perdiccaris gefangen hatte und für seine Befreiung ein Lösegeld erpreßte. Dem smarten Yankee hatte es der energische Handit angetan, durch jenen wurde die Oeffentlichkeit für ihn interessiert, wie durch einen geschäftskundigen Theaterleiter für einen neu entdeckten Tenor oder anderen Star. Dann folgte der große Moment, als der Brigantenchef im Gefolge der Abgesandten des Sultans an der Begrüßung unseres Kaisers teilnahm.

Es kam der Aufruhr von Arzila, der durch Raisuli prompt niedergeschlagen wurde. Zum Lohne erhielt er die Pascha-Würde in der eroberten Stadt und ihrem Gebiete. Später wurde sein Machtbereich bis vor die Tore Tangers ausgedehnt.

Man kann nicht sagen, daß der ehemalige Räuber seine Amtsbefugnisse mißbraucht habe. Im Gegenteil muß anerkannt werden, daß die unsichere Lage in der Umgebung der Hafenstadt sich gegen frühere Zeiten erheblich gebessert hat.

Freilich mochte man Ursache haben, dem Frieden nicht recht zu trauen, so lange ein zu Gewalttaten und Willkürlichkeiten geneigter Mann die Gouverneurswürde bekleidete. Auch mögen unsere „korrekten" Diplomaten ein Unbehagen empfunden, es für entwürdigend angesehen haben, mit einem ehemaligen Räuber verhandeln zu sollen, einem Naturburschen, der Europas und Afrikas übertünchte Höflichkeit noch nicht kannte. Wenn der Privatmann Perdiccaris schließlich mit seinem Bergewaldiger Brüderschaft getrunken hat, so war dieses Zwei nicht erlaubt.

Allein Raisuli ist schwerlich der Ueberzartheit der Diplomaten zum Opfer gefallen. Man kann im politischen Leben sich nicht so kinderrein erhalten, sagt Wallenstein. Der Mann, dem noch in letzter Stunde französische Lügenhaftigkeit eine deutsche Flaggenhissung andichtete, war freilich ein Brigant, der für seine eigene Bereicherung arbeitete. Aber im letzten Grunde war er ein glühender Patriot und damit ein unversöhnlicher Feind des französischen Namens, jener Eindringlinge, die den letzten Winkel freier libyscher Erde unter ihre Botmäßigkeit zu bringen trachten. Aus Raisuli konnte in jenem Lande etwas gemacht werden, in dem niemand eigentlich nach einem weißen Blatt im gerichtlichen Strafregister fragt — es konnte aber nichts für Frankreich gemacht werden. Der Patriot Raisuli hat alle Versuche, ihn ins französische Interesse durch klingende Münze hinüberzuziehen, mannhaft zurückgewiesen, während ein gewöhnlicher Räuber so herzhaft gern zugegriffen hätte, wenn eine Staatspension oder eine Ablindungssumme, mit einem Generalpardon verbunden, seinen Lebensabend sicher gestellt haben würde. Raisuli war vielleicht der einzige, welcher den „heiligen Krieg" gegen die fremden Räuber wirksam organisiert hätte. Den treuen Torwart mußte man erschlagen, ehe der Einbruch Gelingen versprechen konnte.

Man wird die weitere Entwicklung abwarten müssen, ehe man die marokkanische Regierung einer törichten Schwächlichkeit zeihen darf, die sie ihres stärksten Armes beraube, den sie bald werde brauchen müssen. Wenn allerdings das Beil auf Raisulis Hals niederfallen wird, dann ist kein Wort der Verdammung hart genug. Wenn sie aber den freien numidischen Löwen bloß eingefangen hat, um zu verhindern, daß andere auf ihn Jagd machen, um dem drängenden Feinde den Vorwand zur Intervention, zur Invasion zu nehmen; wenn sie sich stillschweigend vorbehält, ihn in dem Augenblicke aus dem Käfig herauszulassen, wo die fremde Meute ins Haus fällt, und wenn sie bis dahin mit der Furcht vor dieser Möglichkeit jene von ihrer Türschwelle fernhält: dann ist im Gegenteil die Absetzung und Gefangennahme Raisulis ein meisterlicher Schachzug der schlauen Orientalen.

Inzwischen ist auch das Jahr 1906 in den Schlund der Vergangenheit hinabgesunken, das Jahr der Konferenz von Algeciras. Die schwere Gewitterwolke des Vorjahres hatte sich in diesem verteilt. Hoffen wir, daß sie sich 1907 in einen sanften Regen auflöst, der befruchtend über das zukunftsreiche Land der Atlas niedergeht! Die Ratifikation der Konferenzakte ist beim Jahreswechsel erfolgt, und damit die Einmischung Frankreichs und Spaniens in die inneren Verhältnisse des Landes nun einmal legitimiert. Ein Grund zu dem nervösen Toben, mit dem das Ministerium Clemenceau in seiner Geburtsstunde die Welt begrüßte, um dann nach einer halben Stunde wieder ebenso plötzlich sich zu beruhigen — ein Grund zur Fortsetzung dieser kindischen politischen Fahrigkeit besteht nicht mehr: die Ordnung ist durch den Kriegsminister Ghebbes in Tanger hergestellt, und die europäischen Mandatarmächte können an die friedliche Aufgabe der Gendarmerieorganisation in aller Behaglichkeit herantreten und sehr genau in ihrer Erfüllung den Buchstaben und den Geist der ihnen übertragenen Rechte beobachten. Freilich hat Ghebbes Pascha bewiesen, daß dasselbe Ziel auch ohne den gewaltigen Apparat einer europäischen Konferenz zu erreichen gewesen wäre; ohne daß Frankreich und Spanien Europas Völkern zwei unruhvolle Jahre bereitet hätten.

*

Eine Expedition des Mahalla nach Zinat steht nahe bevor. Zahlreiche Anhänger Raisulis sind mit Hilfe Ben Mansurs gefangen genommen worden.

Das Musikunterrichtswesen im Königreiche Sachsen.

Im Sitzungssaale des Ministeriums des Innern fand unter dem Vorsitze des Ministerialdirektors Geh. Rat Dr. Roscher und in Anwesenheit des Geh. Regierungsrats Stadler, Oberregierungsrats Enke, Gewerbeschulinspektors Täger-Zwickau, Schulrats Prof. Dr. Lyon-Dresden und Fortbildungsschuldirektors Kohl-Leipzig eine Besprechung über das Musikunterrichtswesen im Königreich Sachsen statt. Auf Einladung des Ministeriums des Innern waren folgende Herren erschienen: aus Leipzig: Professor der Musikwissenschaft an der Universität Dr. Riemann, Justizrat Dr. Klengel, Prof. Julius